

3.5. Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
2 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
3 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
4 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
5 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
6 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
8 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
9 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
10 durchgesetzt.

11 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
12 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
13 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
14 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und die „Pegida“-Partner
15 von „Zukunft Heimat“ immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren
16 Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch
17 nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der
18 demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer der AfD,
19 gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD
20 müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

21
22

23 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand**

24 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
25 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
26 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
27 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
28 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
29 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
30 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
31 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
32 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
33 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte
34 bekommen. Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht
35 sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die
36 verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für

³⁷ Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen
³⁸ wir deutlich und dauerhaft aufstocken.